

Kantonspolizei wird zum Luxus

Viele Baselbieter Gemeinden verzichten auf eine Vereinbarung mit der Kantonspolizei, weil diese zu teuer sei

Das neue Polizeigesetz stärkt private Sicherheitsfirmen. In elf Gemeinden übernehmen sie die Rolle von Gemeindepolizisten.

VON ANDREAS MAURER

Es ist eine Frage des Preises, ob die Baselbieter Kantonspolizei für die «niedere Jagd» ausrückt. Im Polizeijargon sind damit Einsätze für Ruhe und Ordnung gemeint. Es geht um leichte Übertretungen wie Unflug, Lärm und Littering. Ab dem 30. März sind die Gemeinden alleine dafür verantwortlich. Im Grundsatz war das zwar schon früher so, doch die Kantonspolizei gewährte bisher grosszügige Ausnahmen. Mit dem neuen Polizeigesetz ist Schluss damit. Die Kantonspolizei hilft den Gemeinden nur noch nachts und am Wochenende aus. Und dies unter der Bedingung, dass die Gemeinden dafür bezahlen. Vier Franken pro Einwohner und Jahr kostet eine Leistungsvereinbarung mit der Kantonspolizei. Für dieses Geld kümmert sich die Kantonspolizei ausserhalb der Bürozeiten um Ruhe und Ordnung. Ein Angebot zum halben Preis offeriert der Kanton jenen Ortschaften, die eine Gemeindepolizei haben. Diese müssen die drei Nächte von Donnerstag bis Sonntag selber abdecken. Die Kantonspolizei schaut für Fr. 1.95 pro Kopf in den vier Nächten von Sonntag bis Donnerstag zum Rechten.

ALLE 86 GEMEINDEN haben in den vergangenen Wochen berechnet, ob sich der Deal mit dem Kanton lohnt. Eine Umfrage der «Schweiz am Sonntag», an der sich zwei Drittel der Gemeinden beteiligt haben, zeigt: Mehr als die Hälfte hat sich dagegen entschieden. Elf Gemeinden engagieren private Sicherheitsdienste und neunzehn sorgen rund um die Uhr mit eigenen Mitarbeitern für Ruhe und Ordnung. Demgegenüber stehen 27 Gemeinden, die das Angebot des Kantons angenommen haben. Das neue Polizeigesetz führt zu einem Flickenteppich. Je nach Ortschaft muss man sich nun wegen einer Nachtruhestörung an eine Sicherheitsfirma, an die Gemeinde oder an die Kantonspolizei wenden.

Die meisten Gemeinden haben den Entscheid mit dem Taschenrechner gefällt. Jene elf Gemeinden, die sich für private Sicherheitsdienste entschieden haben, bezahlen dafür ungefähr die gleichen Fixkosten wie für die Vereinbarung mit der Kantonspolizei. Doch die Sicherheitsfirmen arbeiten mit tieferen Entlohnungen und offerieren ein zeitlich umfassenderes Angebot. Die privaten Sicherheitsleute sind rund um die Uhr abrufbereit, während die Kantons-



■ DIE LISTE

Diese Gemeinden engagieren Sicherheitsfirmen:

Allschwil, Arisdorf, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Birsfelden, Ettingen, Frenkendorf, Hölstein, Münchenstein, Oberdorf.

Diese Gemeinden sorgen rund um die Uhr selber für Ruhe und Ordnung:

Bretzwil, Brislach, Buckten, Buus, Diegten, Häfelfingen, Hemmiken, Känerkinden, Kilchberg, Laufen, Liesberg, Ormalingen, Oltingen, Rümelingen, Rünenberg, Rickenbach, Seltisberg, Tecknau, Zeglingen.

Diese Gemeinden kaufen Leistungen bei der Kantonspolizei ein:

Augst, Bottmingen, Burg, Duggingen, Gelterkinden, Hersberg, Itingen, Langenbruck, Läufelfingen, Lausen, Liestal, Maisprach, Muttentz, Nenzlingen Nussdorf, Oberdorf, Oberwil, Pfeffingen, Raminsburg, Reigoldswil, Reinach, Röschenz, Rothenfluh, Schönenbuch, Sissach, Therwil, Zunzgen.

Zwei Drittel der Baselbieter Gemeinden haben der «Schweiz am Sonntag» mitgeteilt, wie sie künftig für Ruhe und Ordnung sorgen.

ZVG/POLIZEI BL

polizisten nur in einigen Nächten und teilweise am Wochenende zur Verfügung stehen. Die Gemeinde Ettingen budgetiert Ausgaben von 10 500 Franken für den Dienst der Securitas AG. In Arlesheim hat Securitas den Zuschlag für 20 000 Franken erhalten. Münchenstein und Birsfelden haben die Offerte der Bättwiler Firma Bewa Sicherheitsdienst GmbH gewählt. Beide rechnen mit Einsparungen von je 10 000 Franken.

Bewa-Geschäftsführer Hanspeter Isenschmid sagt auf Anfrage, dass er dank des neuen Polizeigesetzes rund fünf neue Aufträge von Unterbaselbieter Gemeinden erhalten habe. Die Firma, die über 60 Mitarbeiter beschäftigt, stockt nun leicht auf: «Wir sind im Ge-

spräch mit zwei ehemaligen Polizisten.» Eine Speziallösung wählt Oberdorf. Die Gemeinde hat sowohl mit der Kantonspolizei als auch mit der 24 Security GmbH einen Vertrag abgeschlossen. Gemeinderat Piero Grumelli sagt: «Seit die Firma Rundgänge macht, ist es merklich ruhiger und sauberer geworden.»

VOR ALLEM KLEINE GEMEINDEN übertragen die Aufgabe des Dorfpolizisten rund um die Uhr dem Gemeinderat. In Diegten sind die Handynummern von Präsident und Vizepräsident deshalb im Dorfblatt publiziert. Stellvertretend für viele Mini-Gemeinden sagt Rümelingen Gemeindegemeinschafterin Nicole Bürgin, dass die Preise der Kantonspolizei «nicht ge-

rechtfertigt» seien, da die Ruhe und Ordnung in ihrer Gemeinde bisher nur sehr selten gestört worden sei.

Jene Gemeinden, die das Angebot des Kantons angenommen haben, argumentieren nicht nur mit den Kosten, sondern auch mit der Qualität. Der Dugginger Gemeindeverwalter Christian Friedl findet es heikel, wenn Gemeinderäte wegen Nachtruhestörungen ausrücken: «Wenn der vermeintlich laute Nachbar die Türe mit dem bluttriefenden Küchenmesser öffnet, ist es zu spät.» Eine private Sicherheitsfirma komme ebenfalls nicht infrage: «Eine Intervention ohne die Möglichkeit, bei Bedarf sanktionieren zu können, ist nicht sinnvoll.» Mit nur 1431 Einwohnern kostet

der Vertrag mit dem Kanton die Dugginger allerdings auch nur 5724 Franken. Die Therwiler, die eine Gemeindepolizei haben, bezahlen dem Kanton hingegen knapp 20 000 Franken für das reduzierte Angebot. Die Kosten stossen auf Kritik. Hans Ulrich Nabholz, der Leiter des Therwiler Rechtsdienstes, hofft, dass die Gemeinde den Preis bei den Nachverhandlungen in einem Jahr senken kann.

Therwil wehrte sich von Anfang an gegen das neue Polizeigesetz. Die meisten Gemeinden kämpften hingegen dafür, endlich die volle Verantwortung für Ruhe und Ordnung zu erhalten. Nabholz sagt: «Die Gemeinden klagen jetzt über die Mehrkosten, obwohl sie diese grösstenteils selbst verschuldet haben.»

«Es besteht die Gefahr einer Scheinsicherheit»

Der Baselbieter Jurist Markus Mohler (74) kritisiert, dass inzwischen mehr private Sicherheitsleute als Polizisten im Einsatz sind

VON ANDREAS MAURER

Mindestens elf Baselbieter Gemeinden engagieren private Sicherheitsdienste. Ist das ein Problem, Herr Mohler?

Markus Mohler: Solange sich die privaten Sicherheitsdienste an das Gesetz halten, ist das aus rechtlicher Sicht in Ordnung. Ich stelle aber infrage, ob es sinnvoll ist. Es besteht eine gewisse Gefahr der Scheinsicherheit. Das beginnt schon bei der Bezeichnung: Man spricht immer von privaten Sicherheitsleuten, aber nie von privaten Ordnungshütern. Dabei können diese sogenannten Sicherheitsleute nicht für mehr Sicherheit sorgen, sondern nur für mehr Ruhe und Ordnung. Wenn sie etwa wegen eines Streits ausrücken, wird es schon heikel. Solange der Streit rein verbal ist, können die privaten Sicherheitsleute beschwichtigend eingreifen. Sobald es aber auch um

Gewalt geht, ist die Kantonspolizei zuständig.

In ganz kleinen Gemeinden sorgt der Gemeindepräsident persönlich für Ruhe und Ordnung. Ist das der bessere Weg für Gemeinden, die sich einen Vertrag mit der Kantonspolizei nicht leisten können?

Das Problem ist dasselbe: Auch ein Gemeindepräsident hat keine polizeilichen Befugnisse. Er kann mahnen und die Polizei verständigen. Da er keinen polizeilichen Fachausweis hat, kann er keine Zwangsmassnahmen anwenden. Wird er nun wegen einer Streiterei mit viel Lärm um zehn Uhr nachts gerufen, stellt sich die Frage: Geht es wirklich nur um Lärm oder geht es um häusliche Gewalt? Dann kann man nur hoffen, dass der Gemeindepräsident sein Handy dabei hat und die Nummer 117 wählt.

Wäre es am besten, wenn die Kantonspolizei in allen Gemeinden für Ruhe und Ordnung sorgen würde?

Das wäre eine klare Regelung, auch wenn sie nicht billig ist. Der Steuerzahler hat jedoch einen Anspruch auf eine polizeiliche Grundversorgung. Wenn man nun im Kanton Baselland schon von einer Einbruch-Plage spricht, müsste man sich fragen: Welches ist die wirksamste Methode? Eine schnelle Fahndung. Diese kann die Polizei nur dann auslösen, wenn sie schnell am Tatort ist, erste Befragungen durchführt und erste Spuren aufnimmt. Wenn es lange dauert, bis die Kantonspolizei am Tatort ist, bringt eine Fahndung wenig.

Setzt die Baselbieter Polizei die falschen Prioritäten?

So kann man das nicht sagen. Aber man kann sich die Frage stellen, ob die Poli-

MARKUS MOHLER



Der Ex-Kommandant der Basler Kantonspolizei (1979-2001) musste in seiner Zeit häufig mit Personal in Baselland ausheilen.

zeichte im Baselbiet genügend hoch ist. Vor zwanzig Jahren gab es noch fast keine privaten Sicherheitsdienste. Heute gibt es gesamtschweizerisch mehr private Sicherheitsleute als Polizisten.

Ist die Baselbieter Polizei zu schwach dotiert?

Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur sagen, wie es früher war. Als ich Kommandant der Basler Polizei war,

wurden wir häufig von den Kollegen in Liestal gebeten, rasch zu einem Vorfall in einer Nachbargemeinde zu gehen, weil von der Baselbieter Polizei niemand in der Nähe sei. In Allschwil gab es damals hin und wieder heftige Schlägereien. Da reichte ein Alarmpiket nicht. Am Schluss standen dann zwei von vier städtischen Alarmpiketts im Nachbarkanton im Einsatz.

Diese Woche berichtete «Telebasel», dass die Baselbieter Polizeileitung zwei Ausbildungsgänge einspart.

Das ist eine heikle Sparmassnahme. In Basel hat die Regierung in meiner Zeit ebenfalls zweimal beschlossen, jeweils ein Jahr lang keine Polizeischule durchzuführen. Dagegen wehrte ich mich heftig. Diese Sparmassnahmen bringen das Altersgefüge des Corps durcheinander. Das ist langfristig unerwünscht.